99006003017000

Heruntergeladen am 20.07.2025
https://fimportal.de/xzufi-services/55890/L100042

Modul	Sachverhalt
Leistungsschlüssel	99006003017000
Leistungsbezeichnung I	
Leistungsbezeichnung II	Arbeitszeit; Beantragung einer längeren täglichen Arbeitszeit für Saison- und Kampagnebetriebe
Typisierung	2/3 - Bund: Regelung (2 oder 3), Land/Kommune: Vollzug
Quellredaktion	Bayern
Freigabestatus Katalog	unbestimmter Freigabestatus
Freigabestatus Bibliothek	unbestimmter Freigabestatus
Begriffe im Kontext	Saisonarbeit
Leistungstyp	
Leistungsgruppierung	
Verrichtungskennung	
SDG-Informationsbereich	
Lagen Portalverbund	
Einheitlicher Ansprechpartner	

Modul	Sachverhalt
Fachlich freigegeben am	20.12.2024
Fachlich freigegen durch	Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Handlungsgrundlage	http://www.gesetze-im-internet.de/arbzg/__15.html http://www.gesetze-im-internet.de/arbzg/__15.html
Teaser	Auf Antrag kann für Beschäftigte eines Saison- bzw. Kampagnenbetriebs eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit für die Zeit der Saison oder Kampagne bis auf maximal zwölf Stunden täglich an einzelnen Tagen bewilligt werden.
Volltext	Die tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer ist nach § 3 Arbeitszeitgesetz (ArbZG) auf maximal 10 Stunden begrenzt. Für Saison- und Kampagnebetriebe kann für die Zeit der Saison oder Kampagne ein Antrag auf längere tägliche Arbeitszeiten für Arbeitnehmer gestellt werden, sofern diesbezüglich nicht bereits tarifliche Regelungen für das Unternehmen gelten.
Erforderliche Unterlagen	• Es sind folgende Unterlagen erforderlich:Nachweise, aus welchen schlüssig erkennbar ist, dass die Voraussetzungen für den Antrag erfüllt sindauf Verlangen der zuständigen Behörde: Ergebnis der aktuellen Gefährdungsbeurteilung, welches insbesondere auf die zusätzlichen Gefährdungen durch die Arbeitszeitverlängerung eingehtÜbersicht über die Anzahl der betroffenen BeschäftigtenStellungnahme des Betriebsarztes zur Auswirkung der verlängerten ArbeitszeitenStellungnahme der Fachkraft für Arbeitssicherheit zur Auswirkung der verlängerten Arbeitszeitengegebenenfalls Stellungnahme des Betriebsrats, Personalrats oder der Mitarbeitervertretung
Voraussetzungen	• Von Seiten des Antragstellers liegt keine tarifliche Ausnahmeregelung bzgl. verlängerter Arbeitszeiten vor. • Es liegt tatsächlich ein Saison- bzw. Kampagnegeschäft im Betrieb vor. Dies kann vom Betrieb plausibel nachgewiesen werden. • Die Mehrarbeit wird durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu anderen Zeiten

Modul	Sachverhalt
	ausgeglichen. • Es wurde eine Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz durchgeführt. Hierbei sind insbesondere die Gefährdungen und Belastungen, die sich durch die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ergeben, berücksichtigt worden: Gefährdungen durch schwere körperliche Arbeit, Gefahrstoffe, Lärm, Strahlung etc.,Gefährdungen durch besonders belastende Tätigkeiten z. B. mit hohen psychischen Belastungen oder besonderen Unfallgefahren,Belastungen durch die Länge der Arbeitszeit, Schichtarbeit, Ruhepausen, tägliche und wöchentliche Ruhezeiten und ggf. Sonn- und Feiertagsarbeit. • Stellungnahmen der Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie des betreuenden Betriebsarztes, die auf die antragsspezifische konkrete betriebliche Situation eingehen, wurden vom Antragsteller vorgelegt. Sich daraus ergebende Erkenntnisse, die zusätzliche Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten fordern, sind vom Antragsteller umgesetzt.
Kosten	Kostenrahmen: 50 bis 10.000 EURDie Kosten hängen von der Dauer der Genehmigung und von der Anzahl der betroffenen Personen ab.
Verfahrensablauf	• Einen Antrag kann das Unternehmen im schriftlichen Verfahren oder online stellen. • Neben den erforderlichen Unterlagen sind folgende Angaben erforderlich: Antragsteller (hier: Unternehmen),Anzahl der betroffenen Beschäftigten,Beschäftigungsort, verantwortliche Person(en) im Betrieb bzw. auf der Baustelle,Zeitraum bzw. Dauer der Arbeitszeitverlängerung,konkrete Angaben zu den geplanten Arbeits- und PausenzeitenAngabe zur arbeitsmedizinischen Betreuung • Sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung erfüllt, erhält der Antragsteller einen Bewilligungsbescheid. • Sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung nicht erfüllt, erhält der Antragsteller die Möglichkeit, den Antrag zurückzunehmen. Wird der Antrag nicht zurückgenommen, so erhält der Antragsteller einen Ablehnungsbescheid. Die Kosten für den

Modul	Sachverhalt
	Ablehnungsbescheid werden anhand des Kostenverzeichnisses berechnet. • Sind erforderliche Unterlagen bzw. Informationen für die Bearbeitung unvollständig, wird der Antragsteller von der zuständigen Behörde kontaktiert. Elektronische Einreichung • Der Antrag kann unter Verwendung des Online-Verfahrens digital an das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Oberfranken übermittelt werden. • Die Anlagen werden in elektronischer Form (Dateien im PDF-Format) hochgeladen. Schriftliche Einreichung Der formlose Antrag kann mit den erforderlichen Unterlagen an das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Oberfranken übermittelt werden.
Bearbeitungsdauer	
Frist	keine
weiterführende Informationen	https://formularserver.bayern.de/intelliform/forms/stmi+regierungen/rof/rof-zz/G1/rof_g1-019-zz/index https://formularserver.bayern.de/intelliform/forms/stmi+regierungen/rof/rof-zz/G1/rof_g1-019-zz/index
Hinweise	
Rechtsbehelf	verwaltungsgerichtliche Klage
Kurztext	
Ansprechpunkt	
Zuständige Stelle	
Formulare	
Ursprungsportal	BayernPortal, BayernPortal